

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
12 / 2005

Gerechtigkeit vor Gewalt

Im Spannungsfeld zwischen Politik und Ethik

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2004
- MUSICA PRO PACE 2004
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Daniela De Ridder, Frauenbeauftragte der Fachhochschule Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück
Prof. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wilfried Wittstruck, Sprache u. Literatur, Kath. Fachhochschule Norddeutschland

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Andrea Dittert, Joachim Herrmann

Einbandgestaltung: Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter Verwendung des Werkes »Selbstbildnis mit Schlüssel« (1941) von Felix Nussbaum aus dem Besitz des Tel Aviv Museum of Art, Israel ©VG Bild-Kunst, Bonn 2005

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766
E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:

- Oldenburgische Landesbank AG
- RWE Westfalen-Weser-Ems AG
- Universitätsgesellschaft Osnabrück e.V.
- Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Die Deutsche Bibliothek – Bibliografische Information:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2005

© 2005 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 3-89971-233-1

ISSN 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2004

<i>Menschenrechte und Humanität im Schatten des Kampfes gegen den internationalen Terror</i> Mit Barbara Lochbihler und Rudolf Seiters	17
---	----

<i>Sparpolitik – auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens?</i> Mit Christian Wulff und Ottmar Schreiner	39
---	----

<i>Jugend / Perspektiven: Wie geht die Gesellschaft mit ihrer Zukunft um? Anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages in Osnabrück</i> Mit Renate Schmidt, Heinz Rudolf Kunze, Angela Marquardt	65
--	----

Sir Peter Torry, Berlin <i>Europa sieht Deutschland: Großbritannien und die Bundesrepublik heute.</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit	97
---	----

Hans-Peter Kaul, Den Haag <i>Der Internationale Strafgerichtshof: Auf dem Weg zu weltweit mehr Gerechtigkeit? Festvortrag anlässlich des Osnabrücker Friedenstages und des Tages der Vereinten Nationen</i>	109
--	-----

<i>Malerei in Zeiten der Verfolgung – Impulse für Frieden und Toleranz? Zum 100. Geburtstag von Felix Nussbaum</i> Mit Emily D. Bilski, Wieland Schmied, Christoph Stölzl und Inge Jaehner	123
--	-----

II. MUSICA PRO PACE 2004 – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG

- Stefan Hanheide, Osnabrück
Pazifistische Botschaften.
Zu Arnold Schönbergs »Friede auf Erden«, Samuel Barbers
»Agnus Dei« und Günter Bergers »Sieben Sequenzen ...« 151

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Wieland Schmied, Vorchdorf / Österreich
Der letzte Maler der Neuen Sachlichkeit. Ansprache zur
Eröffnung der Ausstellung »Zeit im Blick – Felix Nussbaum
und die Moderne« im Felix-Nussbaum-Haus Osnabrück
am 5. Dezember 2004 167

- Iring Fetscher, Frankfurt / Main
USA – eine imperiale Demokratie? Festvortrag anlässlich der
Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Sozialwissen-
schaften der Universität Osnabrück in der Aula der Universität
am 17. November 2004 177

- Thomas F. Schneider, Osnabrück
Die Wiederkehr der Kriege in der Literatur.
Voraussetzungen und Funktionen »pazifistischer«
und »bellizistischer« Kriegsliteratur vom Ersten Weltkrieg
bis zum Dritten Golfkrieg 201

IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren. 223
Information der Universitätsgesellschaft Osnabrück e.V.. 228
Abbildungsnachweis. 229

Sparpolitik – auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens?

Podiumsveranstaltung
in der Aula der Universität am 12. Mai 2004

Christian Wulff MdL

Ministerpräsident
des Landes Niedersachsen

Ottmar Schreiner MdB

Bundsvorsitzender
der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen der SPD

Prof. Dr. Reinhold Mokrosch
und *Prof. Dr. György Széll*

Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung

Reinhold Mokrosch: Sparpolitik kann beides kennzeichnen: positive und negative Wirkungen. Positiv wirkt sie, wenn sie die Schuldenlast der öffentlichen Hände verringert, damit unsere Enkel nicht zu große Lasten zu schultern haben; wenn sie Subventionen abbaut, wie z.B. die Eigenheimzulage in Zeiten eines ausgeglichenen Immobilienmarktes. Positiv wirkt sie auch, wenn sie zur Konzentration auf Bildungsinvestitionen in Schule und Universität führt, und schließlich, wenn sie zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt.

Negative Wirkungen hat die Sparpolitik, wenn sie die Wirtschaft blockiert und zu Rezession, Arbeitslosigkeit und Insolvenz mangels Nachfrage führt; wenn sie Subventionen wegnimmt und dies zum Niedergang ganzer Wirtschaftszweige führt. Negativ wirkt sie auch, wenn sie an der Universität und an Schulen zur Streichung ganzer Fächer führt und so zur Perspektivlosigkeit von Schul- und Hochschulabsolventen beiträgt.

Herr Ministerpräsident Wulff, hat die staatliche Sparpolitik in den letzten Jahren aus Ihrer Sicht zu positiven oder negativen Wirkungen geführt?

Christian Wulff: Ich fürchte, Sie in diesem Punkte enttäuschen zu müssen, denn es gibt in Wahrheit bisher keine staatliche Ebene in Deutschland, bei der ernsthaft Sparpolitik betrieben würde. Auf allen

Ebenen – einschließlich der von mir geführten Landesregierung – werden sehr viele neue Schulden gemacht. Manche Regierungen bemühen sich, weniger Geld auszugeben, aber ein Sparen im Sinne der Bildung von Rücklagen für kommende, schwierige Zeiten findet weder auf kommunaler noch auf Länderebene statt, und auch der Bund tut dieses nicht. Im vergangenen Jahr sind in Deutschland von Bund, Ländern und Gemeinden 86 Milliarden Euro neue, zusätzliche Schulden gemacht worden – in der Hoffnung, dass kommende Generationen später einmal bereit und im Stande sein werden, diese Schulden zurückzuzahlen.

Richtig ist, dass Deutschland ärmer geworden ist, d.h. was den staatlichen Sektor betrifft, dass wir alle ärmer geworden sind. Das bekommen vor allem die Schwachen zu spüren, weil sie auf einen starken, finanziell soliden Staat, der sie fürsorglich betreut, wenn sie dieses benötigen, besonders angewiesen sind.

Roman Herzog sagte einmal: »Die Welt verändert sich dramatisch, aber die Welt wartet nicht auf Deutschland«. Deswegen muss sich unser Land verändern. Herzog forderte auch, ein ›Ruck‹ müsse durch Deutschland gehen. Tatsächlich müssen wir uns – auch was den inneren, den sozialen Frieden in Deutschland angeht – vergegenwärtigen, dass Deutschland derzeit am Scheideweg steht: Entweder schaffen wir ›Exzellenz‹ – dann können wir besonders gut und erfolgreich auf den Märkten der Welt und auch im eigenen Land sein –, oder wir erleben einen ›Exodus‹: einen Weggang von Betrieben, Arbeitsplätzen, wirtschaftlichen Niedergang, den wiederum die sozial Schwachen als Erste zu spüren bekommen, weil sie nicht hinreichend mobil sind und nicht über die erforderlichen Sprach- und andere Qualifikationen oder ein finanzielles Vermögen verfügen.

Die deutsche Volkswirtschaft, für die wir Verantwortung tragen, befindet sich in einer tiefgreifenden strukturellen Wachstums- und Beschäftigungskrise. Seit drei Jahren stagniert das Wachstum, wobei wir auch im internationalen Vergleich schlecht abschneiden.

Die Stichworte dafür heißen ›Globalisierung‹ und ›demographische Veränderungen‹. Die schwierige Aufgabe besteht nun darin, den Sozialstaat an die sich verändernden Bedingungen anzupassen. Das ist eine Herkules-Aufgabe angesichts der Größe der Probleme, vor denen wir alle lange die Augen verschlossen haben.

Wirtschaftswachstum ist wichtig, weil daraus neue Arbeit, neues Einkommen, neue Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben entsteht – und damit auch der Spielraum für innerstaatliche Verteilung und Umverteilung. In Deutschland hat dies auch den sozialen Frieden genährt, der seinerseits das Wachstum begünstigt hat. Deutschland

kann stolz auf den Begriff der *Sozialen Marktwirtschaft* als eines seiner Markenzeichen sein: den Ausgleich zwischen Arm und Reich, das ›Mitnehmen‹ der Menschen durch Qualifizieren und Fördern. Soziale Gerechtigkeit, sozialen Frieden und Wohlstand zu erhalten, das muss unser aller Ziel sein.



Christian Wulff

Aber Wachstum entsteht nicht, indem man darauf nur hofft, darauf wartet, darauf vertraut, sondern indem man mehr schafft, mehr arbeitet, mehr leistet; und daraus, dass aus dieser Mehrleistung wiederum neue Nachfrage und neue Arbeit entsteht. Viele unserer Probleme hätten wir nicht, wenn die Beschäftigung in Deutschland ansteigen würde. Sie geht aber zurück, weil zwei Probleme sehr verhängnisvoll verknüpft sind: Wir *haben* das niedrigste Wachstum in Europa, *benötigen* aber das höchste Wachstum, um zu zusätzlicher Beschäftigung zu kommen. Wächst in anderen Ländern die Volkswirt-

schaft um ein halbes Prozent, so wächst auch deren Beschäftigung. In Deutschland wächst die Beschäftigung erst, wenn das Wachstum mindestens anderthalb oder zwei Prozent erreicht. Selbst bei dem moderaten Wachstum in diesem Jahr gibt es keine zunehmende, sondern abnehmende Beschäftigung, weil bestimmte gesetzliche Regelungen und Festlegungen die Neueinstellung von Beschäftigten schwer machen. Nur die Schattenwirtschaft wächst, die Schwarzarbeit, nicht der legale Sektor.

Am meisten beunruhigt der Rückgang der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um 1,3 Millionen Menschen von Februar 2001 bis Mai 2004 – also rund 35.000 Menschen pro Monat – und

allein im vergangenen Monat von 110.000 Erwerbstätigen. Derzeit fallen also in der Summe Drei- bis Viertausend Arbeitsplätze täglich in diesem Lande weg.

Das kann keine Politik des Sparens auf der Ausgabenseite kompensieren oder auffangen. Vielmehr braucht es eine Politik, die dringend dafür sorgt, dass die Wirtschaft wieder anfängt zu pulsieren, wieder zu wachsen – und daraus Menschen in Beschäftigung kommen, weil sonst die Gruppe immer kleiner wird, die die Lasten des Sozialstaates zu tragen hat. Wenn – was wir ja begrüßen – immer mehr Menschen länger leben und leider immer weniger Kinder nachkommen, dann sind es immer weniger Erwerbstätige, auf deren Schultern dieser gesamte Sozialstaat ruht. Und jeder weiß, dass man Menschen dabei auch überfordern kann. Sie werden sich fragen, ob es sich überhaupt noch lohnt zu arbeiten, wenn Steuern und Sozialabgaben so hoch sind, wenn netto so wenig übrig bleibt, dass man nur ein wenig mehr hat, als wenn man nicht arbeitet und aus öffentlichen Kassen lebt.

Ich glaube, wir müssen mehr Reformfähigkeit zeigen, verändern, um zu erhalten, was Standard ist, so wie es die katholischen und evangelischen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Papier zur gesellschaftlichen und sozialen Frage formuliert haben: »Durchbrochen werden muss der Vorrang des Bestehenden vor dem Künftigen und der Vorgang der Interessen von heute vor dem Interesse von morgen«.

Was heißt das für Niedersachsen? Wir haben einen Schuldenstand von 43 Milliarden Euro. Das Haushaltsvolumen beträgt etwa die Hälfte dessen. Wir haben also doppelt so viel Schulden wie das gesamte Umsatzvolumen des Landes. Eine private Firma müsste bei diesem Stand umgehend zum Konkursgericht und Insolvenz anmelden. Die öffentliche Hand aber muss zu allen in der Vergangenheit entstandenen Schulden stehen.

Die Zinsen, die wir in Niedersachsen derzeit jährlich zahlen – über 2,5 Milliarden –, sind jetzt höher als die neu eingegangenen Schulden. Im letzten Jahr hat Niedersachsen 2,85 Milliarden Schulden gemacht, im Jahr davor 2,95 Milliarden. Niedersachsen hat als einziges Bundesland weniger Schulden als im Vorjahr aufgenommen. Aber wir machen eben auch noch zweieinhalb Milliarden Euro neue Schulden, nur 350 Millionen weniger als im Vorjahr. Wenn wir jedes Jahr um 350 Millionen Euro geringere Schulden machen, haben wir im Jahr 2008 wieder einen verfassungsmäßigen Haushalt und 2013 einen Haushalt ohne Neuverschuldung. Wenn wir dann weiter jährlich 350 Millionen zurückzahlen, haben wir im Jahr 2187 keine Schulden mehr und können dann darüber nachdenken, wirklich etwas zu sparen.

Man wird uns also kaum den Vorwurf machen können, dass wir *zuviel* sparen. Man könnte uns vielmehr vorhalten, zuviel *Schulden* zu Lasten kommender Generationen zu machen, die nicht gefragt werden, ob sie damit einverstanden sind.

Mit der Verschuldung des Bundes sieht es noch kritischer aus: Dort verstößt man gegen die Maastricht-Kriterien und gegen unsere Verfassung. Und es wird immer schlimmer: Nicht nur die Grenze für die Neuverschuldung von 3% des Bruttoinlandsprodukts wird übertreten, sondern auch das ›60%-Kriterium‹: Die Gesamtverschuldung des Bundes erreichte 2003 einen Anteil von 64% des Bruttoinlandsprodukts, 2004 wird der Anteil 65,6% betragen, 66% im Jahr 2005 erreichen. Zulässig ist ein Wert bis zu 60% des BIP. Es gibt Prognosen der OECD, dass die Verschuldung auf 300 Prozent des BIP ansteigen könnte.

In Niedersachsen belaufen sich die Personalausgaben bereits auf 45% des Landeshaushalts – mit steigender Tendenz, denn für die Pensionäre, die bis ans Lebensende versorgt werden müssen, wurde nichts zurückgelegt. Und die Zinsausgaben steigen, weil die Schulden insgesamt weiter steigen. Es ist absehbar, dass auf diese Weise der Entscheidungsspielraum der Politik immer geringer wird, dass der Handlungsrahmen für Investitionen in die Zukunft des Landes, für Bildung und Forschung, für Kinder, Familien, für Ökologie und für soziale Fragen immer kleiner wird. In dieser Situation muss man sich entscheiden: Macht man es sich einfach, wie derzeit z.B. die Bundeshauptstadt Berlin, nach dem Motto ›Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert?‹ Oder geht man den schwierigen Weg der Konsolidierung – selbst wenn der Ausgang ungewiss ist?

Auf der Ausgabenseite bescheidener und zurückhaltender zu sein, jeden Euro zweimal umzudrehen, ist der richtige Weg, denn unsere Finanzprobleme werden eher noch zunehmen als geringer werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die Einnahmen der öffentlichen Hand: Man wird die öffentlichen Haushalte nicht konsolidieren können, wenn man nicht die Ergebnisse auf der Einnahmeseite verbessert. Dazu muss nicht der einzelne mehr belastet werden, sondern der allgemeine Wohlstand durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, durch Investitionen in neue Arbeits- und Ausbildungsplätze im Land, durch Investitionen in neue Produkte und in andere Standortfaktoren gesteigert werden.

Die erste Voraussetzung dafür, dass in diesem Lande wieder zuversichtlich nach vorne geschaut, konsolidiert und investiert wird, ist Vertrauen in die handelnden Akteure. Die Verunsicherung durch Politiker, denen man nichts mehr zutraut, außer zu verunsichern, jeden

Tag eine neue Idee zu entwickeln und diese wieder fallen zu lassen, ist kontraproduktiv. Ebenso kontraproduktiv sind die Verunsicherung von Verbrauchern, das Wecken von Zukunftsangst, die Angststarre, alles beisammenzuhalten und eher noch mehr zu sparen – die Sparquote ist so hoch wie seit Jahren nicht –, weil die Bürger nicht wissen, was morgen kommt und worauf sie sich einzurichten haben.

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit ist nicht gelöst, noch nicht einmal im Ansatz. Das Gegenteil ist der Fall: die Arbeitslosigkeit steigt. Heute kann man fragen, wen und wo immer man will: Viele kennen jemanden persönlich, der arbeitslos geworden ist, keine neue Arbeit findet, sich umsonst bewirbt und immer nur Absagen erhält. Arbeitslosigkeit erfasst heute die gesamte Gesellschaft, in allen Bereichen, auch hoch qualifizierte Menschen sind betroffen. Das zeigt: Wir haben ökonomisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren, haben den Anschluss verloren. Zudem haben wir die bekannten demographischen Probleme: unsere Bevölkerungsstruktur, die Anteile von Jungen und Alten, ist problematisch, weil zu wenig Kinder geboren werden und jedes Gegensteuern zu spät zu kommen droht.

Wie können die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme verbessert werden?

Erste Bedingung ist, dass der Staat sich stärker zurücknimmt und die Staatsquote gesenkt wird. Denn jeder Euro, der durch staatliche Hände geht, versickert in der Bürokratie und kommt nur zum Teil zurück. Die Menschen wissen besser, wo sie das Geld investieren. Sie investieren zukunftsreicher, flexibler als der Staat. Deswegen sind jene Länder erfolgreich, die eine niedrige Staatsquote und einen geordneten staatlichen Sektor haben, der sich auf Kernaufgaben konzentriert. Die überbordende, über Jahrzehnte gewachsene Bürokratie in unserem Land ist unfinanzierbar geworden. Und auch im Bereich des Steuerrechts ist eine Strukturreform nötig.

Zweitens: Wir brauchen ein einfaches, nachvollziehbares und gerecht empfundenes Steuersystem. Dazu muss nicht in erster Linie die Steuerquote gesenkt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes würde gestärkt, wenn alles, was jemandem an Einnahmen zufließt, einheitlich – und dafür niedrig – besteuert wird.

Neben einer niedrigen Staatsquote und einem gerechten Steuersystem brauchen wir *drittens* ein flexibles Arbeits- und Tarifrecht. Wenn jemand bisher befristet beschäftigt war, muss er auch künftig befristet beschäftigt werden können. Will auf betrieblicher Ebene eine Belegschaft oder ein Betriebsrat mit der Arbeitgeberseite eine beschäftigungssichernde Vereinbarung treffen, so muss das möglich sein – vorbehaltlich der Zustimmung der Tarifpartner. Ich halte es für ein Hindernis,

dass bisher Vereinbarungen generell *nur* zwischen den Tarifparteien möglich sind. Wir brauchen Zeitarbeit, befristete Arbeit und Belebungen für den Arbeitsmarkt zwischen Angebot und Nachfrage.

Viertens – und das ist ein besonders heikler Punkt – brauchen wir die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Wir müssen auf Grundsicherung abstellen, dabei aber die private und betriebliche Vorsorge forcieren. Und wir müssen – zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – punktuell den Faktor Arbeit von der Finanzierung des Sozialsystems entlasten.

Neben der Reform der sozialen Sicherungssysteme muss *fünftens* das Prinzip der *Subsidiarität* wieder mehr Geltung bekommen. Nicht organisierte Unverantwortlichkeit, sondern Hilfe zur Selbsthilfe muss gewährleistet werden – vor Ort, auf kommunaler Ebene, auf Länderebene müssen die Zuständigkeiten geregelt werden. Ich halte nichts davon, wenn der Druck auf Arbeitslose z.B. durch »Hartz IV«, durch Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, verstärkt wird, aber die Chancen der Arbeitslosen, Arbeit zu finden, nicht verbessert werden. Das aber wäre vor Ort möglich, wenn *eine* Stelle dafür zuständig ist, sich um den Einzelnen mit seinen individuellen Problemen zu kümmern, und zwar von eventuellen Schwierigkeiten der Kinderbetreuung bis zur Überschuldung oder Drogenabhängigkeit. Die Niederlande haben hier mit ihren »Zentren für Arbeit und Einkommen« ein erfolgreiches Modell vorzuweisen. Von dort kommt der Rat, individuelle Problemlagen auf lokaler Ebene anzugehen, während in Deutschland noch eine zentrale Behörde von Nürnberg aus die Arbeitslosigkeit verwaltet. Was vor Ort möglich ist an Förderung und Forderung, an Integration in den Arbeitsmarkt, sollte dort geschehen – das ist für alle Seiten sparsamer. Der Staat zahlt vielleicht einen Zuschuss, zahlt aber weniger, als wenn er die Arbeitslosigkeit finanziert. Der Einzelne hat ein Plus, wenn er arbeitet. Und die Wirtschaft kann Arbeitsplätze anbieten zu wettbewerbsfähigen Löhnen, die theoretisch niedriger sein können, als der Tarifvertrag es vorsieht. Es ist besser, unter Tarif bezahlte Arbeit zu haben, als unter Tarif arbeitslos zu sein. Und ich kann auch nicht verstehen, dass es »sozialer« sein soll, unbefristet arbeitslos zu sein, als befristet Arbeit zu haben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir in dieser Art und Weise dem Einzelnen die Chance verbauen, zu eigenem Einkommen zu kommen.

Sechstens schließlich muss der Bereich Bildung und Forschung gestärkt werden. Andere Länder etwa in Osteuropa unternehmen sehr viel intensivere Anstrengungen: Die jungen Leute in Bratislava, in Warschau, in Tallinn oder Riga oder Vilnius sind unglaublich interessiert an technischem Wissen, an Sprachen, an Kultur. Wahrscheinlich

haben in Osteuropa mehr Menschen den Roman *Im Westen nichts Neues* gelesen als bei uns in der Geburtsstadt von *Erich Maria Remarque*. Und man verfügt dort in jeder Hinsicht über eine reiche Kultur, über mehr Kenntnisse und mehr Wissen als im Westen. Deswegen müssen wir im vorschulischen Bereich, im Kindergartenbereich mit der Förderung beginnen, müssen die Grundschulen stärken, müssen das differenzierte, begabungsgerechte Schulwesen ausbauen und vor allem für eine 100prozentige Unterrichtsversorgung sorgen. Ohne diese Anstrengung im Bildungswesen, dann daran anknüpfend die Fachhochschulen, Hochschulen und Berufsakademien, wird es nicht gehen. Dieser Weg der Qualifizierung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und gegen mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.

Mit diesen sechs Punkten ist eine sinnvolle Reformpolitik umschrieben. Nur zu kürzen, wie es derzeit im Bund mit den Hilfen für aktivierende Leistungen auf dem Arbeitsmarkt geschieht, oder Ausgaben einzufrieren, wenn die Zahl der Leistungsempfänger zunimmt, ist nicht als Reform zu vermitteln, sondern führt eben im Einzelfall nur zu drastischen Einbußen für die konkret Betroffenen. Reformpolitik kann nicht bedeuten, einfach nur zu kürzen; wir müssen eine Politik aus einem Guss, mit Veränderung einzelner Bereiche, machen. Ich bin davon überzeugt, dass wir keine Angst haben müssen: Wir haben eine recht gut ausgebaute Infrastruktur, haben engagierte, motivierte Facharbeiter, genießen eine vorteilhafte Zentrumslage in Europa und haben als große Volkswirtschaft die Chance, den Wettbewerb aufzunehmen und zu bestehen. Es mag heute nicht leicht sein, Politiker zu sein. Aber es war viel schwieriger 1948 oder 1956 in der Zeit zerbombter Städte, als Millionen Vertriebener, die hungerten und froren, zu integrieren waren. Das wurde gemeinsam bewältigt – in einer nationalen Anstrengung. Aber man hat – zugespitzt gesagt – die ›Trümmerfrauen‹ nicht nach 35 Arbeitsstunden in den Feierabend bis zur nächsten Woche geschickt, sondern man hat sie weiterarbeiten lassen. Man hat Fleiß und Leistung zugelassen, und das ist heute an vielen Stellen nicht mehr der Fall. Einen Laden aufzumachen, einen Betrieb zu gründen, loszulegen – daran sehen sich manche heute eher gehindert. Es liegt so ein ›Mehltau‹ über dem Land; man müsste die befallenen Äste abschneiden, damit die anderen wieder sprießen und sich entwickeln, damit dieses Land wieder blüht. Die ›blühende Landschaft‹ – Bundeskanzler Helmut Kohl sprach einmal in anderem Zusammenhang davon – halte ich für erreichbar. Dafür muss sich allerdings vieles ändern.

György Széll: Die Sozialdemokratie hat bei den beiden Bundestagswahlen 1998 und 2002 unter anderem mit dem Slogan ›Soziale Ge-

rechtigkeit« geworben. Herr Schreiner, Sie vertreten die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD, die auch sehr massiv Kritik an bestimmten Einschnitten in die Standards des Sozialstaats vorgebracht hat, wie sie insbesondere in der *Agenda 2010* der Bundesregierung projiziert worden sind.

Heute stellt sich die Frage, wie das, was wir an Sozialstaatlichkeit über fast 150 Jahre erreicht haben – auch erkämpft durch die Arbeiterbewegung und durch andere soziale Bewegungen –, unter den Bedingungen der Globalisierung in einem sich vereinigenden Europa verteidigt werden kann. Welche Rolle können dabei Gewerkschaften, Verbände, Nichtregierungsorganisationen spielen, um eine soziale Gerechtigkeit unter diesen Bedingungen sicherzustellen?

Ottmar Schreiner: Ich möchte zunächst auf das Statement von Ministerpräsident Wulff eingehen. Herr Wulff, Sie fordern *erstens*, schnellstmöglich die Staatsquote abzusenken, denn erfahrungsgemäß hätten die Länder mit einer niedrigen Staatsquote deutlich bessere Ergebnisse als die Bundesrepublik Deutschland.

Diese These lässt sich nicht belegen. Im Rahmen der Europäischen Union ist die Bundesrepublik eines der Länder mit der *niedrigsten* Staatsquote. Versteht man unter der ›Staatsquote‹ die Summe aller Abgaben und Steuern, so liegen wir im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld. Man kann demgegenüber sogar sagen, dass die Beschäftigungsbilanzen, dass die frauenpolitischen Bilanzen, dass demographischen Bilanzen der Länder in Europa mit einer vergleichsweise hohe Staatsquote mit zu den besten gehören: Die Staatsquoten Dänemarks, Schwedens, Finnlands sind weitaus höher als in Deutschland. In diesen Ländern liegt die Arbeitslosenquote etwas über 3%, das bedeutet praktisch Vollbeschäftigung. In diesen Ländern liegt die Frauenerwerbsquote mit etwa 80% deutlich höher als in Deutschland, wo sie etwa 60% beträgt. Wir haben in diesen Ländern einen hoch entwickelten öffentlichen Beschäftigungssektor, Kinderbetreuungseinrichtungen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ganztagschulen, deutlich höhere Investitionen in den Bildungsbereich als in Deutschland. Und wir haben in diesen Ländern mit Abstand die höchsten Geburtenraten in Europa.

Die entscheidende Frage dabei ist, ob nicht die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, einen höheren Steueranteil am Bruttoinlandsprodukt in Kauf zu nehmen, wenn insgesamt die gesellschaftspolitische Bilanz deutlich besser ist als in Deutschland. Wenn Sie die Staatsquote weiter absenken wollen, so müssen Sie erklären, in welchen Bereichen Sie zusätzlich sparen.

Schulen, Kindergärten, Universitäten brauchen nicht weniger, sondern mehr Geld. Wir brauchen eine grundlegende Modernisierung unseres Bildungswesens. Diese Debatte mit der Forderung nach ›Elite-

universitäten‹ zu beginnen, halte ich allerdings auch für unglücklich. Wir brauchen zunächst eine bessere Ausstattung der Schulen, z.B. schon was die baulichen Verhältnisse angeht. Und wir müssen z.B. den Universitätsbibliotheken ermöglichen, weiter Bücher anzuschaffen. Unter den Spardiktaten der



Ottmar Schreiner

öffentlichen Hände ist hier vieles zusammengebrochen, und so wäre das Gegenteil von dem, was sie fordern, notwendig.

Der *zweite* Punkt: Sie wollen ein einfacheres und gerechteres Steuersystem. Da würde ich Ihnen sofort beipflichten. Wenn ich mir die Vorschläge der CDU vor allem unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ansehe, so lassen sich diese keineswegs als auch nur einigermaßen sozial gerecht bezeichnen. Die geforderte Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 36% in Deutschland ist – nachdem der Spitzensteuersatz in den letzten Jahren bereits von 53% auf 42% abgesenkt wurde – angesichts der Not leidenden öffentlichen Kassen nicht vertretbar. Die geplante Absenkung gegenfinanzieren zu wollen, indem die Steuerbefreiung von Nachtarbeit, Schichtarbeit und Sonntagsarbeit gestrichen wird, bedeutet im Ergebnis, den abgesenkten Spitzensteuersatz des Chefarztes durch eine deutliche materielle Verschlechterung bei den Krankenschwestern zu finanzieren.

Man könnte zum Steuerrecht noch vieles anfügen. Der SPIEGEL-Redakteur *Gabor Steingart* schreibt in seinem Buch *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars* (2004), dass das gesamte private Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland über 8 Billionen Euro beträgt, dass sich das Erbvermögen in Deutschland von 75 Milliarden im Jahr 1990 auf rund 130 Milliarden Euro fast verdoppelt hat – innerhalb von knapp 14 Jahren –, dass aber dieses ganze, große Geld im ›oberen

Drittel« der Gesellschaft weitergereicht wird, das ›untere Drittel« geht leer aus. Die Spanne zwischen Arm und Reich wird also immer größer. Wir müssen diese Diskussionen führen, auch wenn dagegen der Vorwurf des ›Sozialneids« erhoben wird. Ich halte dennoch die Forderung aufrecht, dass diejenigen, die über sehr große Vermögen verfügen, einen etwas größeren Anteil an der Finanzierung notwendiger öffentlicher Aufgaben zu leisten haben. Bei Steingart kann man lesen, dass »in den Vereinigten Staaten von Amerika die gesamte Vermögensbesteuerung viermal so hoch wie in Deutschland« ist. Würde der deutsche Staat Erben und Grundbesitzer entsprechend dem US-amerikanischen Niveau besteuern, könnte er über 40 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Der Autor bringt ein weiteres sprechendes Beispiel: Werden in Deutschland 250.000 Euro vererbt, so erhält die öffentliche Hand 1% Erbschaftssteuer, während in Frankreich 14% fällig werden. Grassiert in Frankreich und in den USA der Sozialneid? Die Steuerpolitik in den letzten Jahrzehnten hat dazu geführt, dass Deutschland mit gut 20% Anteil am BIP die niedrigste Steuerlastquote in der Europäischen Union hatte, bevor ihr im Jahr 2004 mehrere osteuropäische Staaten beitraten. Im Rahmen dieser Steuerpolitik haben sich die Belastungen enorm zu Lasten der kleinen Leute verschoben, und das kann nicht hingenommen werden.

Ihre *dritte* Forderung, Herr Wulff, lautete, das Arbeits- und Tarifrecht weiter zu flexibilisieren. Ob es wohl Beispiele dafür gibt, wo ein Betriebsrat oder eine Belegschaft aufgrund störrischen Verhaltens den Untergang eines Betriebes provoziert hätte? Es gibt umgekehrt Hunderte von Beispielen für die Rettung fast ruiniertes Betriebe nur dank des Engagements von Betriebsräten und ihrer Belegschaften. Wir haben ein Tarifrecht in Deutschland mit mehr als 30.000 unterschiedlichen Tarifverträgen, mit einer Fülle von betrieblichen Gestaltungsoptionen. Die Flächentarifverträge, die viele jetzt abschaffen wollen, sollen verhindern, dass die Konkurrenz zwischen den Betrieben einer Branche nur über möglichst niedrige Löhne und möglichst schlechte Arbeitsbedingungen ausgetragen wird. Diese Konkurrenz muss sich vielmehr an der Frage orientieren, welcher Betrieb die besten Produkte und eine hoch entwickelte Arbeitsproduktivität vorweisen kann. Das ist die für alle vorteilhafte Funktion dieser Tarifverträge. Somit sehe ich auch in diesem Feld keinen Korrekturbedarf.

Wo eine ›Flexibilisierung« bzw. die Deregulierung der Arbeitsschutzrechte erfolgt ist, wie z.B. 1996 von der CDU-geführten Bundesregierung im Bereich des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, da blieb der erhoffte Erfolg – innerhalb von Jahresfrist sollten dadurch 500.000 Arbeitsplätze neu entstehen – aus: Im

Jahr darauf gab es nicht 500.000 Arbeitsplätze, sondern 300.000 Arbeitslose mehr.

Der *vierte* genannte Punkt betraf die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Die von der CDU favorisierte pauschale Versicherungsprämie, die sog. ›Kopfpauschale‹, verlangt von jedem die gleiche Beitragssumme, egal ob Krankenschwester oder Chefarzt. Damit würden alle sozialen Ausgleichsmechanismen der jetzigen Sozialversicherung zunächst einmal außer Kraft gesetzt. Für die Geringverdienenden würde die Krankenversicherung erheblich teurer werden. Ein Ausgleich soll nach CDU-Plänen auf dem Weg einer steuerlichen Entlastung erfolgen. Dies würde der Forderung nach einer Senkung der Staatsquote zuwiderlaufen, werden doch ca. 40 Milliarden Euro benötigt, um den sozialen Ausgleich bei der Kopfpauschale zu finanzieren. In der Schweiz, dem einzigen europäischen Land mit einer ›Kopfpauschale‹ bei der Krankenversicherung, ist – neben Deutschland – in den letzten Jahren die schlechteste Beschäftigungsentwicklung aller europäischen Länder zu verzeichnen. Dass die Einführung einer Kopfpauschale den deutschen Arbeitsmarkt beflügeln würde, ginge völlig an den bisherigen Erfahrungen vorbei und würde die sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Lande eher noch erhöhen.

Ihren allgemeinen Bemerkungen unter dem Stichwort *Subsidiarität* kann ich nur voll zustimmen. Wenn Sie, Herr Wulff, aber sagen, es würde keinen Sinn machen, den Druck auf die Arbeitslosen weiter zu erhöhen, so erinnere ich daran, dass das Land Niedersachsen im Bundesrat zugestimmt hat, als es um die so genannte »Hartz IV«-Gesetzgebung ging. Die »Hartz IV«-Gesetzgebung wird, so wie sie im Vermittlungsausschuss vereinbart wurde, dazu führen, dass in Deutschland Armutslöhne salonfähig gemacht werden. Schon jetzt arbeiten bei uns 12% der Vollzeitbeschäftigten für einen Lohn von weniger als 50% des Durchschnittseinkommens, das in Deutschland derzeit bei etwa 2800 Euro *brutto* liegt. In Sachsen-Anhalt sind z.B. bei Wach- und Schließgesellschaften Arbeitnehmer für einen Stundenlohn von 3,60 Euro tätig. Das *netto* verfügbare Monatseinkommen liegt dann bei etwa 600 Euro, also unterhalb der Sozialhilfe.

Wie soll jemand bei Vollzeitarbeit mit monatlich 600, 700 oder 800 Euro über die Runden kommen? Welche Sicherheiten bleiben ihm? Das große Problem ist, dass die Menschen in Deutschland ihre elementaren Sicherheitsinteressen verletzt sehen. Man hat wieder Angst vor Altersarmut und davor, im Krankheitsfall die Kosten nicht mehr aufbringen zu können. Man hat auch Angst vor Armut *trotz* Beschäftigung. Und man hat mehr Angst vor Arbeitslosigkeit als vorher, weil die materiel-

len Bedingungen massiv verschlechtert worden sind, auch mit Zustimmung des Landes Niedersachsen.

Wenn gesagt wird, wir müssten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken, dann frage ich: Wo sind dafür die Anlässe? Unser Land ist seit letztem Jahr wieder ›Export-Weltmeister‹, d.h. die deutsche Volkswirtschaft hat den höchsten Exportanteil an den globalisierten Weltmärkten. Es gibt Studien, die besagen, dass die Standortbedingungen in Deutschland ganz überwiegend sehr gut sind, anders wären die Exporterfolge auch nicht erklärbar.

Das Problem ist vielmehr, dass wir in Deutschland eine außergewöhnlich *niedrige öffentliche Investitionsquote* haben und dass die Binnennachfrage zu wünschen übrig lässt – das sagen alle Ökonomen. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt liegt jetzt bei 1,5%. Er betrug in Deutschland schon mal 4% und mehr. In den USA sind es mehr als 3,5% und im europäischen Durchschnitt sind es 2,5% des BIP. Wollte Deutschland nur diesen europäischen Durchschnitt erreichen, so müssten wir jährlich rund 22 Mrd. Euro mehr an öffentlichen Investitionen mobilisieren, und zwar ganz überwiegend im kommunalen Bereich, denn die Kommunen sind zu über 70% Träger aller öffentlichen Investitionen. Die Kommunen sind aber durchwegs praktisch zahlungsunfähig. Auftragnehmer kommunaler Investitionen – zur Modernisierung der Schulen, zur Reparatur im Krankenhausbereich, zur Pflege des öffentlichen Verkehrsnetzes usw. – wären das lokale Handwerk, der lokale und regionale Mittelstand. Es wäre gleichzeitig ein Beschäftigungs- und ein Modernisierungsprogramm. Und überall in den Kommunen wird der Bedarf bestätigt, die Realisierung aber mit Hinweis auf die Kassenlage ausgesetzt. Und den Bundesländern geht es kaum anders.

Meine letzte Frage, die Kernfrage: Was bedeutet ›soziale Marktwirtschaft‹? Leben wir noch in einer solchen sozialen Marktwirtschaft oder haben wir uns schon daraus verabschiedet?

Im Vorwort einer 1990 im Verlag des *Handelsblattes* erschienenen Neuausgabe eines *Bestsellers* aus dem Jahr 1957, *Ludwig Erhards* Buch *Wohlstand für alle*, gedacht für die interessierte Leserschaft in der damaligen DDR, heißt es: »So weist das Sozialbudget der Bundesrepublik, die Summe aller Sozialleistungen, im Jahre 1988 den enormen Betrag von 660 Milliarden DM auf und hat damit seit 1960 eine Erhöhung um 600 Milliarden DM erfahren.«

Die Sozialleistungen sind also innerhalb von knapp 30 Jahren von 60 Milliarden auf 660 Milliarden DM angestiegen. Die Sozialquote, gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, ist damit auf 31,1% angewachsen. Im Vorwort des Bandes heißt es dazu weiter:

»Das bedeutet, dass mehr als 30 Pfennig von jeder produzierten Mark im Rahmen des Systems sozialer Sicherung umverteilt werden. Wie immer man diese Leistungen im Einzelnen beurteilen mag, das ist der wichtigste Beitrag der sozialen Marktwirtschaft zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität der Demokratie in Westdeutschland.«

Und noch eine aufschlussreiche Formulierung sei zitiert:

»Ein kenntnisreicher und objektiver Vergleich unserer Sozialleistungen mit dem viel gerühmten Netz der sozialen Sicherheit in der DDR würde diesen optimistischen Schleier zerreißen und offenbaren, dass es in der Bundesrepublik alles andere als eine kalte Ellenbogengesellschaft gibt.«

Gelten diese Bewertungen heute noch? Der *Tagesspiegel* hat unlängst einen Überblick über die Sozialleistungsquoten in Europa veröffentlicht. Danach steht der Wert für Deutschland derzeit bei 29,8%. Schweden liegt mit deutlich über 30 Prozent übrigens wieder an der Spitze. Nun haben wir inzwischen im vereinigten Deutschland eine extrem gespaltene Sozialleistungsquote. In Ostdeutschland liegt sie – mitverursacht durch die hohe Massenarbeitslosigkeit – bei fast 48%. Für Westdeutschland muss der Wert entsprechend geringer angesetzt werden. Der Anteil der Sozialleistungen ist in den letzten vierzehn, fünfzehn Jahren also keineswegs gewachsen, sondern wurde systematisch zurückgeführt. Damit trifft man ein Kernelement der sozialen Marktwirtschaft.

Die soziale Marktwirtschaft war definiert als ein gleichwertiges Miteinander von ökonomischer Dynamik und sozialem Ausgleich zugunsten der Schwächeren. Stört man dieses gleichwertige Miteinander massiv, so bekommt man eine neoliberale Marktwirtschaft, die nicht länger durch den Begriff des Sozialen charakterisiert ist. *Ludwig Erhard* forderte noch »eine Wirtschafts- und Sozialverfassung, die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zum Wohlstand führen vermag«. Weiter sagte er: »Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solche Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen.« Seit fünfzehn Jahren aber haben wir stagnierende Reallöhne, während die Einkommen aus anderen Einkommensquellen stark gewachsen sind. Das ist der zweite zentrale Grund für die schwache Binnenkonjunktur, wie ich meine. Die Menschen, die es nötig hätten, haben zu wenig verfügbares Einkommen – und denen, die

mehr als genug an verfügbarem Einkommen haben, wird zusätzliches geschenkt. Das kann die Binnenkonjunktur nicht ankurbeln, und so wird es weiterhin bei der konjunkturellen *Malaise* bleiben.

Die fatalste Forderung in diesem Zusammenhang ist diejenige nach massiven Arbeitszeitverlängerungen. Wer Arbeitszeitverlängerungen betreibt, verteilt das vorhandene Arbeitsvolumen auf noch weniger Schultern und *erhöht* so noch die Arbeitslosigkeit. Ich fürchte, Diskussionen wie etwa in Bayern um die Forderung, die Arbeitszeit im öffent-



Ottmar Schreiner, György Széll,
Reinhold Mokrosch, Christian Wulff

lichen Beschäftigungssektor in Richtung 42 Wochenstunden zu verlängern, werden der Privatwirtschaft genau die willkommenen Signale senden, dort das Gleiche anzustreben. Wenn wir den Weg in Richtung 42-Stunden-Woche einschlagen, wird sich die Arbeitslosigkeit in

den nächsten Jahren in Deutschland um viele hunderttausend Betroffene zusätzlich vermehren. Ich erinnere daran, dass die Geschichte der industriell geprägten Gesellschaft auch eine Geschichte von Arbeitszeitverkürzungen war. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts war der 16-Stunden-Arbeitstag bei einer sechs- bis siebentägigen Arbeitswoche die Regel. Heute ist die 35- oder 38,5-Stunden-Arbeitswoche der Normalfall. Ohne diese Arbeitszeitverkürzungen hätten wir heute eine unvergleichlich höhere Arbeitslosigkeit. Richtig wäre es, phantasievoll und flexibel darüber nachzudenken, wie das vorhandene Arbeitsvolumen gerechter verteilt werden kann. Es gibt Länder wie Holland oder Norwegen, die eine durchschnittlich geringere Arbeitszeit haben als wir in Deutschland.

György Széll: Herr Wulff, ist jetzt *Ludwig Erhard* ein SPD-Genosse oder können Sie sich doch auf ihn berufen?

Christian Wulff: Seit 1960 hat sich sehr vieles in eine Richtung verändert, vor der *Ludwig Erhard* immer gewarnt hat. Die Räume zur freien

Entfaltung des Einzelnen sind immer mehr minimiert worden, und der Staat hat sich immer mehr eingemischt. Der paternalistische Staat, der sich um alles und jedes kümmert und die Selbstheilungskräfte erlahmen lässt, war keineswegs seine Idealvorstellung.

Ich hätte gern von Herrn Schreiner konkrete Vorschläge zur sozialen Gerechtigkeit gehört und was jetzt seiner Ansicht nach passieren muss. Seine Partei regiert seit 1998 im Deutschen Bundestag; Jahr für Jahr wird die Lage schlechter, und die wirtschaftlichen Rahmendaten sind beunruhigend. Der Vorwurf, die niedersächsische Landesregierung habe im Bundesrat dem »Hartz IV«-Gesetz – in veränderter Fassung, um das Beste noch herauszuholen – zugestimmt und es nicht etwa blockiert, ist unredlich. Dennoch trägt diese Bundesregierung die Verantwortung für dieses Gesetz. Wir haben im Vermittlungsausschuss und dann in Entschließungen von Bundestag und Bundesrat dem »Hartz IV«-Gesetz zugestimmt – mit der klar formulierten Festlegung, dass die Gemeinden, die Landkreise und kreisfreien Städte eine Option erhalten, in eigener Trägerschaft die Arbeitsvermittlung für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger zu übernehmen. Ferner war zugesagt worden, die Gemeinden finanziell zu entlasten, was offensichtlich leider nicht eingelöst werden wird.

In Niedersachsen hatten wir im Jahr 2003 bei einer zurückhaltenderen Neuverschuldung die zweithöchste Wachstumsrate aller sechzehn Bundesländer zu verzeichnen und – neben dem Saarland – den höchsten Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Niedersachsen ist die Arbeitslosenquote um 0,5% zurückgegangen, im Saarland um 0,6%. Wir haben also Erfolge, und dies ist auch darin begründet, dass wir für die Situation von Unternehmen und Wirtschaftsbetrieben Verständnis zeigen und nicht ohne oder gegen sie Politik machen.

Ende der 1950er Jahre, als Ludwig Erhard sein Buch *Wohlstand für alle* veröffentlichte, hatten wir ein Bruttoinlandsprodukt, das nur ein Dreizehtel des heutigen betrug. Die sozialen Aufwendungen betrug damals ein Zwanzigstel der heutigen. Die Sozialausgaben in Deutschland sind also verzwanzigfacht worden, während sich das Bruttoinlandsprodukt nur verdreizehnfacht hat. Im heutigen Bundeshaushalt mit einem Volumen von 250 Mrd. Euro werden 77 Mrd. für die Rentenversicherung ausgeben, 11 Mrd. für den Arbeitsmarkt, 3 Mrd. für Familienpolitik, 2,5 Mrd. für Wohngeld und noch kleinere Beträge für Soziales, insgesamt 106 von 250 Mrd. Für Zinsen werden inzwischen 40 Mrd. fällig, für Personalausgaben 30 Mrd. Das heißt, mehr als 170 von 250 Milliarden im Jahr werden nur für Zinsen, Personal und Sozialausgaben aufgewandt. Ein Viertel verbleibt für alle anderen Politikfelder: Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Bildungspolitik und die

wichtigen Bereiche der Forschungspolitik wie die Innovationsförderung.

Die Sozialausgaben sind nun gegenüber der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts keineswegs zurückgegangen. Allerdings ist die Zahl derer, die heute auf Hilfe des Staats angewiesen sind, viel höher als in den 1960er Jahren, weil die Arbeitslosigkeit vervierzehnfacht ist. Die Sozialausgaben in Deutschland betragen 1989 47% des BIP und im Jahr 2003 50%. Sie steigen weiter an, weil die Politik nicht für die Dynamik sorgt, dass die Menschen selber zum Steueraufkommen beitragen können, sondern abhängig sind von Transferleistungen.

Zahlreiche vergleichende Untersuchungen hinsichtlich der Beschäftigungsdynamik, des Arbeitsmarktes, der Staatsschulden und anderer Kriterien für eine Vielzahl von Ländern – wie z.B. die Studien von *Ulrich van Suntum* von der Universität Münster im Auftrag der Bertelsmann Stiftung – zeigen, dass die Länder mit einer rückläufigen Staatsquote Beschäftigungszuwachs haben, die mit einer steigenden Quote Beschäftigungsrückgang, weil der Staat immer mehr beansprucht von der wirtschaftlichen Dynamik eines Landes.

Diese Staatsquote wird nicht nur durch die Steuer- und Abgabenquote bestimmt, sondern umfasst alles, was der Staat vom Bruttoinlandsprodukt durch seine Kassen – auf welche Art und Weise auch immer – fließen lässt. Ein Beispiel: 1982 betrug die Staatsquote in Deutschland 49%, 1989 45%, sie ging also um 4 Punkte zurück. Die Beschäftigung nahm in diesen sieben Jahren unter Finanzminister *Gerhard Stoltenberg* um 1,9 Millionen Beschäftigte zu. Dann kam die deutsche Einheit, die für einige Zeit zweifelsohne von vielen eigentlich notwendigen Reformen und Veränderungen abgelenkt hat.

Reinhold Mokrosch: Warum eigentlich Steuersenkung und nicht Erhöhung z.B. der Unternehmenssteuern, der Gewerbesteuern? Warum keine Erbschaftssteuer? Warum keine Vermögenssteuer? Die Enquete-Kommission des Bundestages zu Fragen der Globalisierung hat festgestellt, dass in Deutschland eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Ist es nicht sinnwidrig, dass der Staat sich – gegen die Zahlung hoher Zinsen – z.B. durch Anleihen bei den Vermögenden verschuldet, anstatt diese höher zu besteuern?

Christian Wulff: Bei den offenen Grenzen in einer Weltwirtschaft würde uns das Probleme bereiten. Wäre die Weltwirtschaft homogener, so gäbe es diesen zum Teil ruinösen Steuerwettbewerb der Staaten nicht, den wir derzeit haben. Man kann es Ländern wie Polen, Slowenien oder Tschechien nicht verdenken – diese Länder nehmen ihre

Rechte in Anspruch, wie wir dies in den letzten Jahrzehnten getan haben. Tatsächlich wandern unsere Arbeitsplätze zunehmend auch in andere Teile der Welt, z.B. nach China ab. Ich habe täglich mit solchen Firmen zu tun. Wir in Niedersachsen haben die wunderbarsten Instrumentenbauer, Klavierbauer: *Grotrian, Steinway, Schimmel*. Was aber die wenigsten wissen: Von 400.000 Klavieren, die jährlich in der Welt verkauft werden, kommen mittlerweile 210.000 Klaviere aus China.

Die zu den weltbesten Produzenten der Branche zählenden Rolltreppenhersteller aus Stadthagen haben bereits ihre Produktion zu 85% ausgelagert; jetzt geht das Unternehmen nach Tschechien. Die Rolltreppen für das neue Münchener Fußballstadion kommen allerdings aus China.

Die Grundsatzfrage ist: Trauen wir uns in Deutschland zu, in dreißig Jahren noch konkurrenzfähig Schiffe zu bauen, z.B. auf der *Meyer-Werft* in Papenburg, oder Autos, Zubehör, Maschinen, Schienenfahrzeuge, Flugzeuge? Trauen wir es uns in diesem Land zu? Das *müssen* wir uns zutrauen. Wir müssen also über Arbeitszeiten reden, über Arbeitsrecht, über Flexibilisierung, über Tarifrecht, über Verantwortung der Unternehmer und auch über die steuerliche Kulisse, die aber nur einer von vielen Faktoren ist. Die Unternehmensbesteuerung ist nicht der vorrangige Grund, warum Betriebe aus Deutschland weggehen. Die Entscheidung, in andere Länder zu gehen, wird aus einer Gesamtschau der Faktoren getroffen. Wir müssen aber danach trachten, dass Spitzenverdiener in Deutschland Steuern zahlen. Wir sollten sie nicht aus Deutschland vertreiben.

Die Idee der Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeiten, wie von Herrn Schreiner gefordert, führt nicht weiter: Wir haben kein festes Arbeitsvolumen, das wir verteilen können. Wir haben mehr Arbeit, wenn wir besser sind, und wenn wir schlechter sind, weniger Arbeit und weniger Leistungen.

György Széll: Es stehen Parlamentswahlen, Landtagswahlen an. Offenbar wächst der Druck, das Versprechen der sozialen Gerechtigkeit stärker einzulösen. Die Frage ist: Wie und mit welchen Mitteln?

Ottmar Schreiner: Die Klagen über eine angeblich mangelnde, internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sind – wie schon gesagt – nicht zu belegen. Vielmehr sind der Presse, wie z.B. der *Welt am Sonntag*, positive internationale Vergleichsergebnisse zu entnehmen: Im internationalen Wachstums- und Wettbewerbsvergleich stehe Deutschland jetzt auf Rang 13 besser da als noch vor zwei Jahren, und

bei einer Anzahl verschiedener Indikatoren gebe es noch bessere Positionen. Hätten wir wirklich ernsthafte Standortprobleme, Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit, so wären diese Daten nicht erklärbar. Unser zentrales Wachstumsproblem liegt vielmehr in der schwachen Binnenkonjunktur. Auch kann man über die ›Maastricht-Kriterien‹ zur Wahrung der Stabilität reden, die selbst von EU-Präsident *Romano Prodi* nicht für vernünftig gehalten wurden. Eine wachsende Zahl von Ökonomen in Europa fordert inzwischen die Flexibilisierung dieser Kriterien. Wir brauchen Stabilitätskriterien, und niemand redet einer uferlosen Verschuldung das Wort. Aber das Paradoxe der letzten Jahre war doch, dass die Sparpolitik zu einer höheren Verschuldung geführt hat, weil nicht mehr investiert worden ist, weil es keine Wachstumsimpulse mehr gab. Das Ergebnis war eine anhaltend schwierige konjunkturelle Situation mit wachsenden Steuerausfällen, ansteigender Arbeitslosigkeit, ansteigenden Belastungen der Sozialsysteme. Rechtzeitiges Gegensteuern hätte die Arbeitslosigkeit heute deutlich verringert.

Im europäischen Vergleich haben wir eine völlig unzureichende öffentliche Investitionsquote bei den Kommunen und auch den Ländern. Wir müssten im Grunde über 22 Milliarden mehr an kommunalen Investitionsgeldern zur Verfügung stellen, als es gegenwärtig der Fall ist. Das würde auch private Investitionen anstoßen, von denen Handwerk und Mittelstand profitieren würden. Zur Finanzierung sage ich erneut: Hätten wir die Vermögens- und Grundbesteuerung der USA in Deutschland, so hätten wir jährlich 40 Mrd. Euro mehr in der Hand.

Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten systematisch soziale Leistungen gekürzt. Wir haben im Durchschnitt in Deutschland eine jährlich steigende Arbeitsproduktivität von etwa zwei Prozent. Orientiert am bewährten Kriterium einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik hätten die Löhne entsprechend wachsen müssen. Wir haben aber seit rund 15 Jahren stagnierende Löhne, die gegenüber der Entwicklung der Arbeitsproduktivität weit in Rückstand geraten sind. Das hat auch mit für die Schwäche der Sozialversicherung gesorgt, denn der Anteil der Löhne am gesellschaftlichen Gesamteinkommen, die Lohnquote, ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken.

Nun wird gefordert, mehr prekäre Arbeitsverhältnisse zuzulassen, also Leiharbeit, zeitlich befristete Arbeit und andere Formen. Diese Arbeitsverhältnisse machen die Menschen zusätzlich unsicher, und ich bin entschieden dagegen, das noch auszuweiten. Solche Arbeitsverhältnisse sind nicht sonderlich produktiv, weil die Arbeitszufriedenheit geringer ist.

György Széll: Ein weiteres Stichwort: Die geltende Unternehmensbesteuerung, beschlossen im Rahmen eines ›Großen Steuerkompromisses‹ im Sommer 2000 – hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass einige deutsche Großunternehmen überhaupt keine Steuern mehr gezahlt haben.

Ottmar Schreiner: Es ist nicht auf Dauer hinzunehmen, dass hochprofitable Großunternehmen in Deutschland keine Steuern bezahlen, aber Nutznießer der öffentlichen Infrastruktur – Bildung, öffentliches Verkehrswesen, intakte Umwelt etc. – sind. Diese Unternehmen müssten an der Finanzierung dieser Infrastruktur stärker als bisher beteiligt werden. Dies wird allerdings nicht allein auf nationaler Ebene geregelt werden können. Wir fordern seit Jahren eine Harmonisierung der europäischen Unternehmensbesteuerung. Sonst wären jene Länder bevorzugt, die mit extrem niedrigen Unternehmenssteuern locken. Wir müssen verhindern, dass dadurch eine allgemeine *Dumping*-Spirale nach unten in Gang gesetzt wird und deswegen z.B. Aufgaben im Bildungsbereich nicht mehr finanzierbar sind oder dass dieses von den Beziehern kleinerer Einkommen über erhöhte Steuern kompensiert werden muss. Der luxemburgische Ministerpräsident *Jean-Claude Juncker* hat kürzlich in einem Interview auf die Frage nach dem »zentralen Defizit« in Europa gesagt, dass dies fehlende soziale Mindeststandards in der europäischen Integrationsentwicklung der letzten Jahrzehnte seien. Auch er sieht die Gefahr des »Sozialdumpings«: Senkt ein Land seine sozialen Standards deutlich, so geraten die anderen europäischen Mitgliedsländer unter Druck, ihrerseits das Gleiche zu tun.

Die Leute sollten keine Angst vor der europäischen Entwicklung bekommen, denn Europa ist doch eine Hoffnung und kein Angstthema! Meine Generation ist die erste, die ihr Leben in Europa ohne unmittelbare Kriegserfahrung gestalten kann. Das ist das Verdienst der europäischen Integration, und deswegen bin ich sehr wohl für die Osterweiterung der EU. Aber es gibt ein extremes Wohlstandsgefälle zwischen den neuen mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern und den bisherigen Mitgliedern. In Polen und in Ungarn liegt das Lohnniveau vielfach bei einem Sechstel des deutschen Branchenniveaus. Die Forderung, das deutsche Lohnniveau müsse dementsprechend sinken, verträgt sich aber gewiss nicht mit der notwendigen Stärkung der Binnenkaufkraft. Diese Probleme hätten vor dem Beitritt neuer Mitglieder geklärt werden müssen, indem für diese zentrale europäische Zuständigkeit vernünftige Regelungen getroffen worden wären. Es reicht nicht, dass aus Brüssel, salopp gesagt, Verordnungsrichtlinien

zum Mindestkrümmungsgrad einer marktfähigen Gurke kommen, aber zu zentralen Problemen nur Schweigen.

Reinhold Mokrosch: Herr Ministerpräsident Wulff, ist es nicht angesichts der gravierenden Probleme dringend notwendig, dass Opposition und Regierung zusammenarbeiten?

Christian Wulff: Ich glaube, dass dieses Land vor einer ganz großen Gefahr steht, dass die jetzige Regierung scheitert und dass eine neue Regierung auch scheitern könnte. Falls das eintritt, fragt sich, auf wen die Bürger dann setzen sollen. Die Rufe nach neuen Parteien, neuen Politikerinnen und Politikern, nach populären Persönlichkeiten würden stärker. Wir sind relativ gefeit gegen Radikale, gegen Extremisten von links und rechts, aber nicht gegen eine murrende Bevölkerung, gegen einen allgemeinen Unmut. Diesen bekommt die jetzige Regierung schon zu spüren, wie eigentlich alle, die regieren. Es ist in der momentanen Lage unseres Landes viel einfacher, zu opponieren als zu regieren.

Deswegen bin ich sehr zur Zusammenarbeit bereit. Das haben wir auf dem Gebiet der Gesundheitsreform und bei »Hartz IV« im Bundesrat gezeigt. Ich bemühe mich weiter darum, weil ich auch eine Gefahr für unsere Demokratie sehe. Die Unzufriedenheit bei Rentnern und Rentnerinnen ist groß. Sie sagen: Wir haben unser Leben lang hart gearbeitet, und jetzt wird ständig die Rente gekürzt. Die Situation vieler Arbeitsloser ist total hoffnungslos. Die Situation derer, die Arbeit haben, ist von Angst geprägt. Das alles ist für eine stabile Demokratie abträglich.

Aber es ist schon eine Frage der Abwägung, welche Chancen wir den Menschen eröffnen. Jemand, der arbeitslos ist, darf heute seine Arbeitskraft nicht zu seinen eigenen Bedingungen anbieten. Die gesetzlichen Bestimmungen schützen ihn angeblich vor seiner eigenen, souveränen Entscheidung, zu anderen als den im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen zu arbeiten. Jemandem aber vorzuschreiben, zu welchen Bedingungen er arbeiten oder nicht arbeiten darf, ist eine Härte, ebenso wie diesem bei Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab 2005 das Vermögen und eventuellen Unterhalt anzurechnen.

György Széll: Unser föderalistisches System zwingt in gewisser Weise dazu, einen politischen Grundkonsens herzustellen, besonders wenn in Bundesrat und Bundestag unterschiedliche Mehrheiten regieren. Worin dieser Konsens bestehen soll, ist die Frage: Ich habe Zweifel, ob das Sozialmodell der *working poor*, wie es ja in den USA real zu finden ist,

wo man zwei oder drei Jobs – mit teils sehr prekären Arbeitsverhältnissen – braucht, um überleben zu können, und 30% der Bevölkerung unter der Armutsschwelle leben, eine Perspektive für Europa sein kann.

Publikum: Herr Wulff, Herr Schreiner: Wie wollen Sie die Binnennachfrage steigern, wenn Sie den mittleren Verdienern immer mehr Geld aus der Tasche ziehen?

Publikum: Ist es richtig, dass jeder US-Staatsbürger in den USA auch steuerpflichtig ist? Wenn das so ist, warum machen wir nicht auch ein solches Gesetz? Zweite Frage: Wie ist zu erklären, dass in den USA trotz einer Vermögens- und Erbschaftssteuer in dreifacher Höhe die Wirtschaft floriert? Letzte Frage: Dänemark, Schweden, Finnland haben eine höhere Staatsquote, aber nur drei Prozent Arbeitslosigkeit – Herr Wulff, warum machen wir das nicht auch so?

Christian Wulff: Richtig ist, dass US-Amerikaner weltweit Steuern nach Amerika abführen. Die Frage ist, inwieweit Europa Entsprechendes für sich im Rahmen der europäischen Staatsbürgerschaft regeln könnte.

Zur Erbschaftssteuer: Als Politiker müssen wir uns auch fragen, wie der Wechsel von mittelständischen Betrieben in die nächste Generation zu schaffen ist. Wir haben vierhundert-, fünfhunderttausend mittelständische Unternehmen, die in den nächsten Jahren vererbt werden. Viele Kinder von Selbständigen scheuen sich, die Nachfolge ihrer Eltern anzutreten. Deswegen werden z.B. in England keine Erbschaftssteuern erhoben von demjenigen Erben, der den Betrieb zehn Jahre weiterführt. Dort ist man der Ansicht, jemand, der zehn Jahre den Betrieb weiterführt, hat dem Land so viel gegeben – nämlich den Betrieb und die Arbeitsplätze –, dass keine Erbschaftssteuer erhoben werden sollte, um sein Kapital nicht zu schmälern. Das ist ein intelligentes Modell: Wer ein ererbtes Unternehmen verkauft und den Erlös im Ausland konsumiert, muss dagegen besteuert werden. Wer aber nicht verkauft, sondern die Verantwortung übernimmt und hier weiter die Arbeitsplätze erhält, muss nach einer Frist von zehn Jahren gar keine Steuern bezahlen. Solche intelligenten Modelle brauchen wir.

Es hängt von uns gemeinsam ab, wie die Zukunft aussehen wird. Das müssen wir auch der Bevölkerung sagen. Als Optimist bin ich zuversichtlich, dass die Menschen in der jetzigen ernsthaften Lage ihre Chancen ergreifen und die Dinge richtig anpacken werden.

Publikum: Als Vertreter einer Kommune möchte ich noch mal auf »Hartz IV« zurückkommen. Wir Kommunen fühlen uns im wahrsten Sinne des Wortes betrogen: eine Entlastung von 2,5 Mrd. Euro hatte man uns zugesagt – 2,5 Milliarden weitere Belastungen werden es zumindest werden. In Papenburg, einer Stadt mit 35.000 Einwohnern, werden wir zu unserem bestehenden Haushaltsdefizit von 2,5 Mio. weitere 2 Mio. Defizit bekommen. Wir werden nicht umhinkommen, etwa die Grundsteuer und die Kindergartenbeiträge zu erhöhen. Wir werden Bäder schließen müssen. Unsere Bürger werden am Ende die Betrogenen sein.

Herr Schreiner: Was gedenken Sie zu tun, um das Vertrauen, das nun endgültig verspielt ist, wiederherzustellen? Und was gedenken Sie zu tun, damit aus einem Defizit vielleicht doch noch eine Entlastung für die Haushalte werden kann?

Ottmar Schreiner: Die Bundesregierung hat bezüglich »Hartz IV« gesagt, dass bei den Kommunen eine Entlastung in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro eintreten werde. Die kommunalen Verbände und die Kommunen selbst haben eine Gegenrechnung aufgemacht, die nicht nur keine Entlastung, sondern eine zusätzliche Belastung zwischen zwei und fünf Milliarden Euro auswies. Warum die Schätzungen zu einem Sachverhalt, der eigentlich berechenbar sein müsste, nicht nur im Detail auseinander liegen, sondern zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen, ist schwer erklärlich. Ich persönlich bin der Ansicht, dass nicht einmal die den Kommunen angekündigte Entlastung um 2,5 Mrd. Euro hinreichend ist, um die notwendigen kommunalen Investitionen tätigen zu können. Wenn wir nicht alsbald die kommunalen Finanzen wesentlich besser stellen, als sie sind, laufen wir Gefahr, dass große Teile der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland verrotten. Das wäre das Schlimmste, was wir unserer jungen Generation antun können.

Wir haben es bislang geschafft, die bundesdeutsche Nachkriegsdemokratie politisch stabil zu halten. Aber man muss den Kernzusammenhang der Bedürfnisse der Menschen erkennen: Es ist das existentielle Bedürfnis von Menschen, in einigermaßen sicheren Verhältnissen zu leben. Wird dieses Sicherheitsbedürfnis massiv verletzt, so untergräbt das die politischen Fundamente unserer Demokratie.

Publikum: Herr Wulff, als Gewerkschaften tragen wir für die Metallindustrie dieses Tarifgebietes Verantwortung für 20.000 Beschäftigte. Ich kann versichern, dass kein einziger Arbeitsplatz hier aufgrund irgendwelcher starrer Tarifvertragsregelungen verloren gegangen ist. In

einer Anzahl von Betrieben wurde versucht, über Sonderregelungen zum Tarifvertrag, sog. ›Arbeitnehmerbeiträge‹, Arbeitsplätze und Betrieb zu retten. Das Tarifrecht wäre aber absolut überstrapaziert, wollte man damit das Thema Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Und bei den Lohnstückkosten liegen wir in Deutschland im Vergleich der wesentlichen Industrieländer schon im unteren Drittel. Betriebe zu verlagern, kann aus betriebswirtschaftlicher Sicht vielleicht sinnvoll erscheinen. Dass die Unternehmen zugleich ihren Markt weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland haben wollen, geht aber volkswirtschaftlich nicht auf. Wie kann da die Landesregierung das ›Primat der Politik‹ wieder stärker zur Geltung bringen?

Publikum: Deutschland gibt gewaltige Summen aus, die es überhaupt nicht hat. Kanzler Kohl hat einmal den Begriff ›Scheckbuchpolitik‹ geprägt. Was kommt dadurch an finanziellen Schenkungsverpflichtungen auf uns zu? Warum werden diese Gelder nicht stattdessen als Kredite vergeben?

Reinhold Mokrosch: Herr Wulff, wie kann die Politik mehr Glaubwürdigkeit bei den Bürgern gewinnen?

Christian Wulff: Man darf den Menschen keine unhaltbaren Versprechungen machen. Nach meiner Erfahrung kann man der Bevölkerung aber eine ganze Menge zumuten, wenn man seine Absichten vor der Wahl ankündigt. So wird man sich Vertrauen erwerben und eine lange Zeit auf Vertrauen setzen können. Das würde ich mir auch für die Bundespolitik wünschen.

Insofern sage ich dem Fragesteller von der Gewerkschaft offen, dass wir unterschiedlicher Meinung bezüglich des Tarifrechts sind. Ich bin auch der Ansicht, dass wir das Tarifvertragsrecht und die Flächentarifverträge, eine gewisse Einheitlichkeit und Mindeststandards brauchen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass mehr Flexibilität notwendig ist, und zwar nicht erst dann, wenn der Betrieb in der Krise ist.

Ich gestehe der IG Metall zu, dass sie einige Flexibilität beweist, wenn der Betrieb kurz vor der Schließung steht. Aber ganz generell müsste mehr Flexibilität herrschen, wenn es um eine Erweiterung von Betrieben geht und darum, Aufträge nach Deutschland zu holen. Dies muss mit Zustimmung der Gewerkschaften geschehen; sollte dies nicht der Fall sein, so müssten sie sich auch vor dem Betriebsrat, der eine flexible Regelung ausgehandelt hat, rechtfertigen. Denn es geht auch um das Vertrauen in die Betriebsräte. Ich traue den Betriebsräten mehr zu als mancher Funktionär.

Wir müssen auch das Positive begreifen, was wir an den Gewerkschaften haben. Sie transportieren viele Veränderungsprozesse, nehmen Einfluss, nehmen Anteil am betrieblichen Geschehen, bringen sich in betriebliche Abläufe ein. Insofern stimme ich nicht in eine allgemeine Gewerkschaftskritik ein. Jeder sollte sich in seinem Bereich um Veränderungen zum Besseren bemühen. Dann wäre unserem Land schon viel geholfen.

Hinsichtlich der Kritik am Engagement Deutschlands im Ausland warne ich vor Übertreibungen. Deutschland tut international gar nicht mehr so viel, und andere tun viel mehr für die 3. Welt, z.B. leisten Holländer, Dänen und Finnen einen höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Wir sollten Bereitschaft zeigen, uns weiterhin wie andere international einzubringen – nicht mehr und nicht weniger.

Aber wir sollten uns vor allem darum bemühen, unsere hiesigen Probleme zu bewältigen. Was wir dafür angesichts der Größe der Probleme brauchen, ist Dialogfähigkeit. Wir werden aufeinander hören müssen, miteinander arbeiten müssen. Wir werden nicht gegeneinander klarkommen. Das ist meine feste Überzeugung in der Lage, in der sich unser Land heute befindet.